

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Sobudorf, Rüdlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Seirichsorf, Marienan, den Müllengrund, Rübshnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, amtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige Grundzeile wird mit 75 Pf. für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 1,75 für auswärtige 2,00 RM. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 687.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Verlag v. Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-Collnberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 192

Mittwoch, den 17. August 1921

71. Jahrgang

Bekanntmachung

Nach dem deutsch-österreich. Abkommen vom 1. 9. 1920 können deutsche Reichsangehörige zur Aufhebung der über österr. bewegliche Vermögenswerte verhängten Sperre zur Ausübung von österr. Aktienbezugsrechten, Auszahlung von österr. Dividenden und Trefferen und Ausfolgung österr. neuer Couponbogen eidesstattliche Versicherungen abgeben. Die näheren Einzelheiten können bei dem Finanzamt eingesehen werden. Die eidesstattlichen Versicherungen sind vom 22. d. M. ab vor dem Finanzamt — Zimmer Nr. 12 — abzugeben.
Hohenstein-Str. 16 August 1921.
Finanzamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Aus Schneidemühl wird gemeldet: Die polnischen Rüstungen sind beendet, die Polen sind jetzt in der Lage, jeden Augenblick gegen Ostpreußen und Oberschlesien loszuschlagen.

Von zuständiger Seite wird die Meldung bestätigt, daß tatsächlich bei der Erfüllung des Entente-Ultimatums zwei Millionen abgefordert worden sind. Es handelte sich indes nur um geringe Mengen; so seien etwa 500 Gewehre mehr abgefordert worden, als abgefordert werden mußten. (!)

Heute findet in Berlin eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über dringende Fragen (Oberschlesien, Steuerprogramm, Einberufung des Reichstages) statt.

Der Völkerverbund wird jedenfalls seine erste Sitzung bereits am 20. August abhalten. Die italienische Regierung hat ihren Standpunkt in der Frage der Kontrollkommission in Deutschland dahin festgelegt, daß das Mandat der Kontrollkommission erlöschen müßte, sobald die Oberaufsicht vom Völkerverbund übernommen werden könnte.

Italien verlangt einen um fünf Milliarden Goldmark erhöhten Anteil an der deutschen Gesamtschuldigung von 132 Milliarden. Begründet wird der Anspruch damit, daß Italien wegen der schlechten Lage Österreichs auf seinen fünfundsiebzigprozentigen Anteil verzichten müsse. England und Belgien haben bereits zugestimmt.

Der Eisenbahnerstreik in Kassel und den angeschlossenen Betrieben ist beendet und heute früh die Arbeit aufgenommen worden.

Die großen französischen Manöver, die ursprünglich infolge der großen Hitze nicht stattfinden sollten, finden nunmehr nach einem Befehle des Kriegsministers doch statt, und zwar werden sie in der Pfalz, im Saargebiet und in Elsaß-Lothringen abgehalten werden. — Wer gibt den Franzosen das Recht, ihre militärischen Schauspiele auf deutschem Gebiete abzuhalten?

Die neue Sanktionsnote.

Die Bedingungen des Obersten Rates.

Berlin, 16. August. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris folgende Note übermittelt:

Im Namen der im Obersten Rate vertretenen alliierten Regierungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß der Oberste Rat am 13. d. Mts. bezüglich der am 7. März 1921 verhängten wirtschaftlichen Sanktionen folgenden Entschluß gefaßt hat, dessen Wortlaut folgt:

1. Auf Grund der Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921 durch Deutschland sowie auf Grund der ersten von Deutschland auf Reparationsrechnung geleisteten Zahlungen und unter Vorbehalt der vollständigen Begleichung der Summen, die Deutschland am 31. August 1921 zu zahlen hat, beschließt der Oberste Rat einstimmig die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch ihn am 7. März 1921 verhängt worden sind. Diese Entscheidung wird gegebenenfalls am 15. September 1921 in Kraft treten.

2. Jedoch ist diese Entscheidung von folgenden vorher von der deutschen Regierung anzunehmenden Bedingungen abhängig:

a) Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird bei Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailler Friedens besetzten Gebietes sind. Der einzige Zweck dieser

Herunter mit der Maske!

Frankreich war am Kriege unschuldig, den nur Deutschland gewollt hat. Selbstverständlich! Es kämpfte ja nur für Freiheit und Gerechtigkeit!

Frankreich opferte sich für die Ideale der Menschheit. Wer denkt niedrig genug, um das nicht zu glauben? Nur deshalb nahm es ja das Saargebiet, nur deshalb überschwennte es das Rheinland mit farbigen Soldaten, denen die Frauen der Bohème preisgegeben wurden.

Frankreich ist der Todfeind des Militarismus. Wer sollte daran zweifeln? Nur deshalb hatte es ja doch vor dem Kriege 980 000 Soldaten gegen 760 000 deutsche, nur deshalb unterhält es jetzt ein Heer von 880 000 Mann gegen 100 000 deutsche.

Frankreich ist nach Briands Worten vom 11. Juli trotz seines Sieges von höchster Mäßigkeit gegenüber dem Besiegten. Kann es einen durchschlagenden Beweis dafür geben als die Tatsache, daß man den polnischen Auffstand in Oberschlesien mit allen Mitteln unterstützte und in dieser gemäßigten Form der Welt bewies, daß Oberschlesien zu Polen kommen müsse? Das war doch viel humaner als ein Krieg gegen Deutschland, zu dem man die polnische Armee bereits an den deutschen Grenzen bereitgestellt hatte!

Frankreich — ja dieses Frankreich, das den Krieg nur gewann, weil andere ihn auf französischem Boden gewannen, blüht sich vor Dünkel und wirft sich zum Richter auf über die ganze Welt. Herunter mit der Maske. Dahinter grüßt Lüge und Vertragsbruch.

Ist es etwa kein Vertragsbruch gegenüber dem Friedensvertrag, wenn, wie ausländische Zeitungen berichten, die französische Regierung mit dem zurückgetretenen polnischen Außenminister Sapieha einen Geheimvertrag schloß, nach dem Polen das Industriegebiet erhalten soll, während Frankreich die Ausbeutung der Gebiete von Pleß und Kobjnik übernehmen und einen Unterhaltsbeitrag von einem Goldfranken pro Mann und Tag zu den Kosten für die Verstärkung des polnischen Heeres zahlen wird? Ist das nicht einer der ungeheuerlichsten Vertragsbrüche, welche die Weltgeschichte kennt?

Schon am 24. Juli brachte die italienische Zeitung „Il Paese“, das Organ des früheren Ministers Ritti, solche Nachrichten, wehmüßig ließ sich das „Agrarische Tageblatt“ am 25. Juli aus London schreiben. Und ein Bericht der „Neuen Züricher Zeitung“ aus Berlin vom 1. August bemerkte: Von polnischer Seite wurde die Richtigkeit dieser Gerüchte, die sich bekanntlich auch nach Rom und London bis ins Parlament verpflanzten, bisher nur mit halber Stimme in Abrede gestellt.

Stelle ist, Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der besetzten Gebiete eine Benachteiligung der interalliierten Waren unter Verstoß gegen Artikel 264, 267 des Friedensvertrages zur Folge hat.

b) Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen vorgenommen wurden, die die Interalliierte Rheinlandskommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz im März 1920 getroffenen Entscheidungen erlassen hat. Es wird von allen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen wegen solcher Handlungen Abstand genommen, die nach Maßgabe der erwähnten Verordnung vorgenommen worden sind.

3. Die Interalliierte Rheinlandskommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung eines Beauftragten der italienischen Regierung Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorgenannten Entscheidungen sowie auf die Verwendung der vereinnahmten Gelder und Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen.

4. Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die in Paragraph 2 erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, der von den Regierungen der Besatzungsmächte und der italienischen Regierung ernannt wird und seine Vorschläge vor dem 1. September den Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachver-

Jetzt ist das Geheimnis dieses „Geheimvertrages“ in Paris gegenüber Lloyd George und dann am 12. August von der englischen Presse enthüllt worden. Wir können noch mehr verraten. Starke Teile der polnischen Armee sind zur Durchführung des französisch-polnischen Geheimvertrages an der ober-schlesischen und deutschen Grenze bereitgestellt. In Warschau werden Operationspläne gegen Deutschland vom französischen General Nessel ausgearbeitet. Ueber Danzig ergießt sich ein Strom französischer Kriegsmaterials nach Polen.

Herunter mit der Maske, damit die Welt erkenne, daß hinter allen französischen Phrasen von Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit sich nichts verbirgt als Lüge, Militarismus und Bergewaltigung!

Der französisch-polnische Geheimvertrag ist es, den Lloyd George meinte, wenn er von einer unüberwindlichen Mauer sprach, die sich einer Lösung der ober-schlesischen Frage durch den Obersten Rat entgegenstellte. Unüberwindlich deshalb, weil Polen an sich einem Rechtspruch des Obersten Rates nicht unterliegt und umso weniger gewillt ist, sich ihm zu unterwerfen, wo es die Zustimmung des Geheimvertrages mit einem der Mitglieder des Obersten Rates in der Tasche hat. Diese Mauer, die sich einer Lösung der ober-schlesischen Frage nach Recht und Volksabstimmung entgegenstellt, die damit dem Wirtschaftsleben Deutschlands und der Welt weiter schwerwiegende Fesseln auferlegt und die Qualen der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien unter polnischem Terror verlängert, ist von Frankreich errichtet worden. Vom Obersten Rat als erste Macht in Oberschlesien eingesetzt, hat Frankreich mehr wie einmal seine Aufgabe als Treuhändler laut verkündet. Als solcher hat es das ihm anvertraute Pfand hinter dem Rücken der anderen zum eigenen Nutzen verpfändet. Frankreich, das sich so oft und gern als der Hort des Rechtes aufspielt, hat damit einen unerhörten Vertragsbruch begangen. Erst offizielle Zeitungsmitteilungen und der Zwang der Verhandlungen in Paris haben das französische Spiel enthüllt.

Nun soll der Völkerverbund entscheiden, weil seinem Spruch auch Polen unterliegt. Eins ist für die Verhandlungen vor dem Völkerverbund klar geworden: Polens Anspruch auf Oberschlesien vor dem Obersten Rat stützt sich nicht auf Recht oder Volksabstimmung, sondern nur auf ein Versprechen, das Frankreich unter Vertragsbruch eigenmächtig und selbstständig gab. Frankreich ist entlarvt. Daran ändert es auch nichts, daß Briand sich schon vertraulich entschuldigt, er sei am Zustandekommen des Geheimvertrages unbeteiligt, dieser sei von den beiden Staatsoberhäuptern Millerand und Pilsudski unmittelbar geschlossen worden.

ständigen werden möglichst bald in Koblenz zusammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen.

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schriftstück Ihrer Regierung zu übermitteln und ihr mitzuteilen, daß ich mich freuen würde, von Ihnen zu erfahren, daß Sie die in der Entscheidung der alliierten Mächte aufgesetzten Bedingungen annimmt. gez. Briand.

Lloyd George für ein deutsches Oberschlesien.

LONDON, 16. August. Lloyd George kam im Unterhause auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe dort Fragen gegeben, welche das Zusammenhalten der Allianz bedroht hätten. Große Erregung habe es daher hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschlieung gefaßt worden sei, wonach die Allianz nicht nur fortbauere, sondern gestärkter dastehen denn je. Dann ging der Premierminister auf die ober-schlesische Frage ein und betonte, diese sei ihm niemals sehr schwierig erschienen, aber sie sei durch die Beimischung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die es zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Es gebe weite Kreise in der öffentlichen Meinung Frankreichs, die glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenlager von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Lloyd George hob her-